Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Verlagsbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Pfennige 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12221.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 51 und 91. Lößnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 10. Schwarzenberg 2551. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 54. Dienstag, den 5. März 1929. 82. Jahrg.

Ein plumper Schwindel der entlarvten Kriegsfreunde.

Ein gekauftes Subjekt denunziert sich als angeblicher Fälscher des Kriegspaktes

Bestellte Arbeit.

Den entlarvten Heuchlern ist die Veröffentlichung des Kriegspakts, wie im „E. V." schon ausgeführt wurde, deshalb unangenehm, weil der für sie so vorteilhafte Locarnoglaube in Deutschland dadurch beeinträchtigt werden könnte, und weil Holland, Italien und Spanien mit als Gegner aufgezählt sind. Es ist daher verständlich, wenn aus Paris, Brüssel und London auf diplomatischem Wege Beteuerungen der Unschuld kommen. Auf diese gibt aber schon längst niemand mehr etwas, denn daß die fremde Diplomatie lügt, wenn sie nur den Mund auftut, weiß jeder. In dem Bewußtsein, daß die verschiedenen „Demarchen" der Diplomaten nicht ausreichen könnten, um die Kriegspaktler reinzuwaschen, setzen diese jetzt eine Mordsgeschichte in die Welt, die Kilometer gegen den Wind nach bestellter Arbeit riecht. Man hat irgend ein Lümpchen mit bewegter Vergangenheit ausfindig gemacht, das gegen ein gutes Honorar die Schuld auf sich nimmt und dafür gern ein paar Wochen brummen wird. Um dem aufgelegten Schwindel einen romantischen Hintergrund zu geben, stempelt man den famosen Herrn Frank zu einem Nachkommen Heinrich Heines (der nebenbei niemals Kinder gehabt hat und daher sein Genie zum Schwindeln nicht auf den Monsieur Frank vererben konnte).

•

Die Selbstaufopferung des Herrn Frank ist nicht nur den belasteten Kabinetten willkommen, auch anderswo wird sie freudig begrüßt werden. Die Kriegspakt-Ohrfeige war für die Locarnopolitik doch zu blamabel. Deshalb dürfte man in der Berliner Wilhelmstraße keine Veranlassung haben, den neuen Schwindel als solchen zu kennzeichnen. Man wird vielmehr so tun, als ob man die Unschuldsbeteuerungen der verschiedenen Botschafter, die sich jetzt die Klinke des Auswärtigen Amtes in die Hand geben, gern glaube. Das möge die Diplomatie machen, wie sie will. Vom deutschen Volke aber soll sie nicht verlangen, daß es auf die plumpe Schwindelei hereinfällt.

• • •

Das „Geständnis".

Paris, 3. März. Nachdem „Nation Belge" einen gewissen Albert Frank als den angeblichen Fälscher der Geheimverträge bezeichnet hatte, veröffentlicht das „Journal" Einzelheiten über das Geständnis, das der gestern Abend bei seiner Ankunft in Brüssel verhaftete Frank abgelegt haben soll. Er habe unumwunden zugegeben, daß er das vom „Utrechtsch Dagblad" veröffentlichte Dokument gefälscht habe. Frank habe erklärt: Ich habe mich eines alten, lange Zeit vor dem Kriege zwischen zwei Staaten abgeschlossenen Vertrages bedient. Es handelt sich nicht etwa um einen Vertrag zwischen Belgien und Frankreich. Ich brauchte nur am Text gewisse Abänderungen vorzunehmen, um ihn der besonderen Lage Frankreichs und Belgiens anzupassen. Die Protokolle über die zwischen Vertretern der Generalstäbe abgehaltenen Besprechungen habe ich gleichfalls bei diesem alten Vertrag gefunden. Ich glaube nicht, ein großes Verbrechen begangen zu haben. Ich habe weder Frankreich noch Belgien verkauft, sondern einfach meinen Käufer hineingelegt, und das ist doch schließlich eine banale Betrügerei. Dieser Käufer ist ein fremder Journalist gewesen, der die Dokumente an die Utrechter Zeitung weitergegeben hat.

Weiter veröffentlicht „Journal" folgende Einzelheiten aus dem Leben Franks: Frank sei der Sohn eines holländischen Juden und einer deutschen Jüdin. Er wolle mütterlicherseits von Heinrich Heine (!) abstammen. Er habe für die belgische Nationalität optiert, sei danach aber in die deutsche Marine eingetreten, desertiert und nach Argentinien geflüchtet. Bei Ausbruch des Krieges sei er nach Europa zurückgekehrt. In England sei er mehrmals verurteilt worden. Dann sei er in das belgische Heer eingetreten, wo er bald Unteroffizier geworden sei. Später sei er als Deutscher angezeigt worden. Man habe ihn aus dem Heere ausgestoßen und in ein Internierungslager gebracht, aus dem er entwichen sei. Sofort nach dem Waffenstillstand sei er wieder nach Belgien gekommen. Hier habe er zwei Stellungen als Bibliothekar wegen Diebstahls von Büchern verloren. In Paris sei er dreimal verurteilt worden. In Antwerpen, wo er in die Redaktion der Zeitung „Neptun" eingetreten sei, habe er das Wohlwollen eines kürzlich gestorbenen Generals gewonnen, bei dem er sich die Papiere habe verschaffen können, die ihm später die Herstellung der gefälschten Dokumente ermöglichten.

• • •

Die Regie hat nicht geklappt.

Berlin, 3. März. In den Montagszeitungen werden die Erzählungen des angeblichen Kriegspaktfälschers Frank-Heine mit großer Skepsis aufgenommen. Die Montagspost erklärt: Man muß die verdächtig schnelle und ausführliche Berichterstattung aus Belgien mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen, denn man ist dort an der Angelegenheit nur allzu sehr interessiert. Es muß auch auffallen, daß Frank-Heine, dessen Name seit Tagen im Zusammenhang mit der Utrechter Veröffentlichung genannt wird, und nach dem man in Brüssel fahndet, ganz sorglos nach Brüssel gefahren sein soll, denn er mußte dort mit seiner sofortigen Verhaftung rechnen. „Der Montag", der Frank-Heine als einen jener zwischen den Staaten stehenden Leute bezeichnet, die sich ohne irgendwelche Bescheidenheit in der politischen Richtung an alle wenden, bei denen Geld zu erwarten ist, weist auf den gleichen Umstand hin und verlangt auch noch in einem zweiten Punkt von der belgischen Regierung Klarstellung: der angebliche Fälscher hat in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein Geständnis abgelegt, wonach er seinen Vertrag einem Büro in Mülheim zum Kauf angeboten haben will. Woher wußte nach diesem „Geständnis" in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag die „Nation Belge" bereits am Sonnabendabend, als Frank-Heine noch gar nicht verhaftet worden war und erst in Amsterdam den Schnellzug bestieg, daß er für das Dokument 100 000 Mark erhalten habe, und zwar von deutsche Seite? Die „Nation Belge" scheint nicht ganz auf den richtigen Zeitpunkt der Verhaftung von Frank-Heine gewartet zu haben. Das Blatt fragt: Sollte die belgische Regierung eine etwas plumpe Regie gemacht haben? Frank-Heine könne natürlich in Belgien ziemlich hoch bestraft werden, aber Gefängnisstrafen sind ihm nicht ungewohnt, und es gibt Leute, die sich für so etwas bezahlen lassen.

• • •

Ein amtlicher belgischer Schritt in Berlin.

Berlin, 3. März. Der hiesige belgische Gesandte hat im Auftrag seiner Regierung im Auswärtigen Amt die Echtheit der vom Utrechter Tageblatt veröffentlichten Dokumente kategorisch in Abrede gestellt und dabei erklärt, daß die angebliche Konferenz zwischen dem belgischen und französischen Generalstab vom 7. bis 12. September 1927 niemals stattgefunden hat.

• • •

Noch eine Lesart.

Amsterdam, 2. März. „Het Volk" veröffentlicht die Erklärung, es habe Grund zu der Annahme, daß die vom „Utrechtsch Dagblad" veröffentlichten Dokumente in dem Nachlaß einer verstorbenen belgischen Generals aufgefunden und von seiner Familie einem belgischen Journalisten zur Verfügung gestellt worden seien. Dieser sei damit nach Holland gekommen, um die Dokumente hier veröffentlichen zu lassen, wobei es nicht unmöglich sei, daß er aus der Veröffentlichung finanzielle Vorteile habe erlangen wollen.

Eine bolschewistische Fälscherzentrale.

Berlin, 2. März. Eine sowjetfeindliche Fälscherzentrale, in der ganz große Politik gemacht wurde, und in der gefälschte Dokumente hergestellt wurden, die von Berlin aus über Paris ihren Weg nach den Vereinigten Staaten nahmen, ist von der Polizei aufgehoben worden. Es wurden in dieser Angelegenheit vier Personen festgenommen, von denen drei ehemalige russische Staatsangehörige sind, und zwar ein ehemaliger Angestellter der Vertretung der ukrainischen Räterepublik in Berlin namens Sumarokow, ein ehemaliger Untersuchungsrichter der zaristischen Ochrana, ein ehemaliger russischer Staatsrat namens Wladimir Orloff, der russische Baron Sergei Kuester und die Freundin Sumarokows, ein Fräulein Gertrud Gümmler aus Berlin. Orloff und Sumarokow haben bereits ein Geständnis abgelehnt. Eine Haussuchung in der Wohnung Orloffs hat ein geradezu riesenhaftes Material zutage gefördert, das erkennen läßt, daß es sich um eine besonders raffiniert arbeitende Werkstatt zur Fälschung politischer Dokumente handelt. Die Sichtung des Materials wird noch mehrere Tage in Anspruch nehmen und noch große Ueberraschungen bringen. Es ist bereits festgestellt worden, daß aus dieser Werkstatt die 15 Dokument stammen, mit denen versucht worden ist, einen politischen Feldzug gegen die amerikanischen Senatoren Borah und Harris ins Werk zu setzen. Wie erinnerlich, hatte man versucht, zu behaupten, daß beide Senatoren von der Sowjetregierung im Geheimen unterstützt worden seien.

Genf, 3. März. Zu der am Montagvormittag beginnenden 54. Ratssitzung sind im Laufe des Sonntags sämtliche Ratsmitglieder mit ihren Rechtsberatern und Sachverständigen in Genf eingetroffen. Die deutsche Delegation benutzte den Sonntag zu kurzen Ausflügen und internen Arbeiten.

Amtliche Anzeigen.

Dienstag, den 5. März 1929, vorm. 10 Uhr sollen in Lauter 1 Schreibmaschine, 1 Ladenregistrierkasse und 69 Schmelztiegel öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Sammelort der Bieter: Gasthof zum Löwen. O 3997/28

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung in Schneeberg
am Mittwoch, den 6. März 1929, abends 7 Uhr.
Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Das Rumpfkabinett bleibt vorläufig.

Der Reichskanzler berichtete, wie offiziös bekanntgegeben wird, am Sonnabend dem Reichspräsidenten über seine Bemühungen, eine Regierung auf breiter Grundlage zu schaffen. Nach den Verhandlungen der beteiligten Fraktionen habe er feststellen müssen, daß zurzeit eine solche Umbildung der Reichsregierung nicht möglich ist. Der Reichskanzler schlug daher dem Reichspräsidenten vor, daß die Reichsregierung ohne Veränderung ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung im Amte bleibe. Der Reichspräsident stimmte diesem Vorschlage zu.

•

Der Kanzler scheint sich also von der Aussichtslosigkeit des Gedankens, mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei eine Art Weimarer Koalition zu bilden, überzeugt zu haben. Wie lange das Rumpfkabinett im Stande sein wird, die Geschäfte zu führen, wird sich bald zeigen. Von einer Harmonie der verbleibenden Minister kann schon jetzt keine Rede sein, besonders nachdem die Deutsche Volkspartei die Attacke gegen die Hilferdingschen Steuerentwürfe geritten hat. Eine „Regierung", wie sie das Volk in seiner Notlage braucht, ist jedenfalls nach wie vor nicht vorhanden.

Druck auf Schacht.

London, 4. März. Pertinax meldet dem Daily Telegraph aus Paris: Ueber die Vorschläge, die die deutsche Delegation über die Zahl und die Höhe der Reparations-Annuitäten machen wird, ist nichts bekannt. In nichtoffiziellen Unterredungen hat man Dr. Schacht zu verstehen gegeben, daß die Zeit für ihn gekommen sei, endgültige Summen zu nennen. Es wird als wahrscheinlich angesehen, daß Dr. Schacht diesem Ersuchen in einer Vollsitzung am Dienstag nachkommen wird. Es besteht, so behauptet das Blatt, Grund zu der Annahme, daß Dr. Schacht Jahreszahlungen in Höhe von 1200 Millionen Mark vorschlagen wolle. Die französische und die britische Delegation seien jedoch der Ansicht, daß eine Annuität von mindestens zwei Milliarden Mark als Erörterungsgrundlage angesehen werden könnte. Morgan halte sich augenblicklich in London auf. Es werde berichtet, daß er erst dann nach Paris zurückkehren wird, wenn die ernsteren Verhandlungen (!) beginnen.

•

Herr Schacht sollte mit Berufung darauf, daß wir bereits 160 Milliarden gezahlt haben, überhaupt keine Vorschläge machen, wenn Herr Morgan auch noch so sehr den Gelangweilten spielt. E. V.

„Konjunkturumschwung, aber keine Allgemeinkrise."

Berlin, 3. März. Das Institut für Konjunkturforschung kommt bei einer zusammenfassenden Betrachtung über die deutsche Konjunktur Ende Februar zu folgendem Ergebnis: Im ganzen bietet die Wirtschaftsbewegung das Bild eines fortschreitenden Konjunkturumschwunges. Teilweise sind neuerdings leicht krisenhafte Erscheinungen zu beobachten. Eine allgemeine Krise, wie sie sich namentlich im Zwange zur beschleunigten Liquidation der Warenvorräte äußert, liegt jedoch nicht vor.

Berlin, 3. März. Nach Schluß einer Veranstaltung der KPD. in einem Lokal im Osten Berlins kam es auf der Straße zu Tumulten. Die Polizei schritt ein, um die Straßen zu räumen. Dabei wurden fünf Beamte durch Steinwürfe verletzt. Ein Polizeibeamter gab einen Schreckschuß ab. Acht Personen wurden festgenommen. Ferner wurden zwölf Insassen eines Lastkraftwagens, die Fahnen mit sich führten, festgenommen; die Fahnen wurden beschlagnahmt.

Königsberg, 3. März. Der Oberpräsident hat das „Ostpreußische Tageblatt" in Insterburg wegen eines Artikels, der eine grobe Beschimpfung und Herabwürdigung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform enthält, auf vier Wochen verboten.